

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Rentforter Str. 60 · 45964 Gladbeck

An
Frau Bettina Weist
Bürgermeisterbüro
Willy-Brandt-Platz 2
45964 Gladbeck

Ratsfraktion

Bernd Lehmann
Ratsmitglied
Rentforter Straße 60
45964 Gladbeck
Tel.: (0 20 43) 25 41 2
Fax: (0 20 43) 21 77 6
info@gruene-gladbeck.de

Gladbeck, 19. Januar 2026

Resolution des Rates der Stadt Gladbeck zu den anhaltenden Streckensperrungen und Zugausfällen auf der Schienenverbindung Essen Hbf – Bottrop Hbf (S9 und RE 14)

Antrag nach §7 der Geschäftsordnung für den Rat und seine Ausschüsse

Sehr geehrte Frau Weist,

im Namen unserer Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragen wir, den Punkt „Resolution des Rates der Stadt Gladbeck zu den anhaltenden Streckensperrungen und Zugausfällen auf der Schienenverbindung Essen Hbf – Bottrop Hbf (S9 und RE 14)“ auf die Tagesordnung des Rates zu setzen.

Begründung:

In den vergangenen Wochen wurde wiederholt und ausführlich über erhebliche Störungen, Streckensperrungen und Zugausfälle auf der Schienenverbindung zwischen Essen Hauptbahnhof und Bottrop Hauptbahnhof berichtet. Betroffen sind insbesondere die S-Bahn-Linie S9 sowie der RegionalExpress RE 14, die für die Anbindung der Stadt Gladbeck – insbesondere des Bahnhofs Gladbeck West – von zentraler Bedeutung sind.

Bereits Ende des vergangenen Jahres kam es zu mehrwöchigen Sperrungen der Strecke. Die aktuell bekannt gewordenen neuen Schäden und Vorfälle lassen befürchten, dass die Einschränkungen nun über einen Zeitraum von mehreren Monaten anhalten könnten. In der Berichterstattung wird zudem deutlich, dass sowohl infrastrukturelle Defizite als auch Störungen an weiteren Streckenabschnitten im regionalen Schienennetz zu einer erheblichen Verschärfung der Situation führen.

Die für die ausgefallenen Zugverbindungen eingerichteten Ersatzverkehre werden von den Fahrgästen als unzureichend beschrieben. Insbesondere mangelnde Zuverlässigkeit, zu geringe Taktfrequenzen sowie deutlich verlängerte Fahrzeiten führen zu erheblichen Belastungen für die Pendlerinnen und Pendler aus Gladbeck.

Angesichts der großen Bedeutung des Schienenpersonennahverkehrs für die Stadt Gladbeck und ihrer engen Verflechtungen mit den Nachbarstädten ist es aus Sicht unserer Fraktion erforderlich, dass der Rat möglichst geschlossen gegenüber den zuständigen Akteuren deutlich Stellung zu bezieht. Ziel ist es, Verbesserungen für die betroffenen Fahrgäste zu erreichen und zugleich auf strukturelle Defizite hinzuweisen, die seit Jahren bekannt sind.

Mit der vorliegenden Resolution macht der Rat der Stadt Gladbeck seine Erwartungen und Forderungen an den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr, die Eisenbahnverkehrsunternehmen, die DB InfraGo sowie das Land Nordrhein-Westfalen deutlich und fordert ein koordiniertes, transparentes und leistungsfähiges Vorgehen im Sinne der betroffenen Kommunen und ihrer Einwohnerinnen und Einwohner.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Gladbeck beschließt die als Anlage beigelegte Resolution zu den anhaltenden Streckensperrungen und Zugausfällen auf der Schienenverbindung Essen Hbf – Bottrop Hbf (S9 und RE 14).

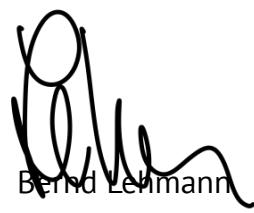
Die Verwaltung wird beauftragt,

- die Resolution unverzüglich an den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR), die beteiligten Eisenbahnverkehrsunternehmen (DB Regio und Rhein-Ruhr-Bahn), die DB InfraGo sowie an das Land Nordrhein-Westfalen zu übermitteln und
- den Rat bzw. seine Ausschüsse über eingehende Stellungnahmen und weitere Entwicklungen zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen


Ninja Lenz
Fraktionsvorsitzende


Frédéric Uschmann
Fraktionsvorsitzender


Bernd Lehmann
Ratsmitglied

Resolution des Rates der Stadt Gladbeck zu den anhaltenden Streckensperrungen und Zugausfällen auf der Schiensverbindung Essen Hbf – Bottrop Hbf (S9 und RE 14)

Der Rat der Stadt Gladbeck stellt mit großer Sorge fest, dass es auf der Schienenverbindung zwischen Essen Hauptbahnhof und Bottrop Hauptbahnhof erneut zu massiven und länger andauernden Streckensperrungen kommt. Betroffen sind insbesondere die S-Bahn-Linie S9 sowie der RegionalExpress RE 14, die für die Anbindung Gladbecks – insbesondere des Bahnhofs Gladbeck West – von zentraler Bedeutung sind.

Bereits Ende des vergangenen Jahres war die Strecke für mehrere Wochen gesperrt. Die nun eingetretenen weiteren Störungen lassen nach aktuellen Informationen befürchten, dass erhebliche Einschränkungen über Monate andauern könnten. Für die Pendlerinnen und Pendler aus Gladbeck ist diese Situation nicht länger hinnehmbar.

Die Stadt Gladbeck ist in besonderem Maße durch starke funktionale Verflechtungen mit den Nachbarstädten des Ruhrgebietes geprägt. Viele Gladbeckerinnen und Gladbecker pendeln regelmäßig – insbesondere in Richtung Essen und in den Kern des Ruhrgebietes – und sind dabei auf einen verlässlichen Schienenpersonennahverkehr angewiesen.

Die bislang eingerichteten **Ersatzverkehre** können das reguläre Schienenangebot **weder in Quantität noch in Qualität** ersetzen. Sie sind häufig unzuverlässig, nicht pünktlich, verkehren zu selten und benötigen deutlich längere Fahrzeiten. Zudem sind die veröffentlichten Fahrpläne teilweise unrealistisch. Dies verschärft die Belastung der Pendlerinnen und Pendler erheblich.

Der Rat der Stadt Gladbeck sieht den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR), die beteiligten Eisenbahnverkehrsunternehmen (DB Regio und Rhein-Ruhr-Bahn), die DB InfraGo sowie das Land Nordrhein-Westfalen in der gemeinsamen Verantwortung, die negativen Auswirkungen der Streckensperrungen auf die betroffenen Städte und ihre Einwohnerinnen und Einwohner so gering wie möglich zu halten.

Forderungen des Rates der Stadt Gladbeck

Der Rat der Stadt Gladbeck fordert daher nachdrücklich:

1. Schnellstmögliche Beseitigung der Störungen

Alle notwendigen Maßnahmen zur Instandsetzung der betroffenen Streckeninfrastruktur sind mit höchster Priorität umzusetzen. Die Streckensperrungen sind auf das absolut notwendige Mindestmaß zu minimieren.

2. Leistungsfähiger und verlässlicher Ersatzverkehr

Für die ausgefallenen Zugverbindungen ist ein Ersatzverkehr einzurichten, der dem bisherigen Angebot in Taktfrequenz, Kapazität und Verlässlichkeit bestmöglich entspricht. Ersatzverkehre müssen realistische Fahrzeiten haben, ausreichend dimensioniert sein und

zuverlässig verkehren. Ein zwischen allen Beteiligten abgestimmtes und koordiniertes SEV-Konzept ist zwingend erforderlich.

3. Deutlich verbesserte Fahrgastinformation und Servicequalität

Die Fahrgäste sind frühzeitig, transparent und korrekt über Ausfälle, Ersatzverkehre und Reisezeiten zu informieren. In der aktuellen Ausnahmesituation ist ein besonderer Fokus auf Service und Kundeninformation zu legen.

4. Einbindung der betroffenen Kommunen

Die betroffenen Städte – insbesondere Gladbeck und Bottrop, aber auch Herten, Recklinghausen und Dorsten – sind frühzeitig und kontinuierlich in die Planung und Ausgestaltung der Ersatzverkehre einzubeziehen. Kommunale Ortskenntnisse müssen stärker berücksichtigt werden.

5. Hohe Priorisierung der Maßnahme Nr. 15021 „Essen, Dellwig Ost – Recklinghausen Hbf“ in der Landesbedarfsplanung

Die Beseitigung der eingleisigen Engstelle auf dieser Strecke ist von zentraler Bedeutung zur Erhöhung der Kapazität und zur Reduzierung der Störanfälligkeit. Der Rat der Stadt Gladbeck fordert, diese Maßnahme mit höchster Priorität voranzutreiben und schnellstmöglich umzusetzen.

Der Rat erinnert dabei ausdrücklich an den Ausführungsvertrag Nr. 3 zum Ausbau der S-Bahn-Linie 9 vom 8. Juli 1993, in dem das Land Nordrhein-Westfalen und die Deutsche Bahn ihre Absicht bekräftigt haben, den Ausbau der Strecke zwischen Essen-Dellwig Ost und Gladbeck West zu forcieren (§ 1 Abs. 2). Das Land Nordrhein-Westfalen wird aufgefordert, dieser Zusage im Rahmen der Fortschreibung der Bedarfspläne Rechnung zu tragen.

Schlussbemerkung

Der Rat der Stadt Gladbeck erwartet von allen beteiligten Akteuren, dass die berechtigten Interessen der Pendlerinnen und Pendler sowie der betroffenen Kommunen ernst genommen werden. Eine leistungsfähige, verlässliche Schieneninfrastruktur ist eine zentrale Voraussetzung für Mobilität, wirtschaftliche Entwicklung und Klimaschutz im Ruhrgebiet.

Der Rat der Stadt Gladbeck beschließt diese Resolution und bittet die Adressaten um eine zeitnahe Stellungnahme sowie um konkrete Informationen zu den geplanten Maßnahmen und deren Zeitplan.